

Pressemitteilung

28. September 2026

Safe Abortion Day 2026: Weg mit dem §218!

Hamburg-Mitte. Unterversorgung gibt es nicht nur auf dem Land. Auch in Hamburg können Schwangerschaftsabbrüche für Menschen faktisch unerreichbar sein. Besonders für Menschen in Armut, Wohnungs- und Obdachlosigkeit sowie mit Fluchtgeschichte kommen finanzielle, sprachliche und bürokratische Hürden hinzu - ebenso wie Misstrauen gegenüber Behörden und Institutionen.

„Ein Schwangerschaftsabbruch darf nicht davon abhängen, ob jemand das Geld für den Eingriff oder die Fahrt zur Praxis aufbringen kann, eine sichere Unterkunft besitzt, Deutsch spricht oder weiß, an welche Stelle man sich überhaupt wenden kann. Reproduktive Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht – und sie muss auch für Menschen in Armut, für Wohnungslose und Geflüchtete praktisch erreichbar sein.“, erklärt **Nora Stärz**, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Hamburg-Mitte und sozialpolitische Sprecherin.

Die Linksfraktion Hamburg-Mitte fordert die Abschaffung von des §218 StGB, wohnortnahe und niedrighschwellige Versorgung, mehrsprachige Beratung, eine verlässliche Finanzierung der Beratungsstellen sowie den Abbau strafrechtlicher, finanzieller und bürokratischer Hürden.

Reproduktive Selbstbestimmung darf kein Privileg sein!

